

Meldungen

zusammengestellt von Jürgen Clemens

Exporteinbußen nach den Terroranschlägen

Nach dem 11. September verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation zusehends, nachdem vor allem Textilexporte in die USA drastische Einbrüche verzeichneten. Zudem hat sich die Zahlungsfähigkeit Bangladeshs dramatisch verschlechtert: die Währungsreserven sanken auf rund eine Milliarde US-Dollar und entsprechen nur dem Importaufkommen von bis zu sechs Wochen.

Gasexporte gerichtlich suspendiert

Regierungspläne für Erdgasexporte vor allem nach Indien wurden vom High Court für drei Monate suspendiert. Diese, von der heimischen Wirtschaft unterstützten Pläne sahen vor, daß ausländische Unternehmen Gas per Pipeline nach Indien verkaufen dürften, ein entsprechender Antrag des US-Ölkonzerns UNOCAL lag der Regierung vor. Mit dem Argument, zuerst den heimischen Bedarf zu befriedigen, fügte eine Gruppe um die Oppositionspartei der Awami League der neuen Regierung eine erste Schwächung zu. Die Proteste richteten sich vor allem gegen den Nachbarstaat Indien und betrachten solche Exporte als Widerspruch zu den nationalen Interessen.

Regierung zum Schutz von Hindus aufgefordert

Nach einer Petition der Bürgerrechtsgruppe *Ain-o-Salish Kendra* setzte der High Court der Regierung eine Frist von einem Monat für eine Stellungnahme, weshalb sie bislang nicht mehr unternehme, um den Schutz der Hindus in Bangladesh sicherzustellen. In einem separaten Verfahren an einem lokalen Gericht in Dhaka wurde einem Journalisten, der über Verfolgung von Hindus während der Wahlen recherchiert, eine Kaution verweigert. Er wurde nach seiner Rückkehr aus Indien wegen staatsfeindlicher Aktivitäten verhaftet.

Von Anwälten und Menschenrechtsgruppen wird diese Inhaftierung unter dem *Special Powers Act* als Angriff der Regierung auf die Pressefreiheit bewertet. Nach einer Petition der Ehefrau des Inhaftierten forderte der High Court die Regierung auf, dessen Verhaftung zu begründen.

Nach Schätzungen des *Bangladesh Centre for Development, Journalism and Communication* und der in Paris ansässigen *Reporter sans Frontiers* wurden mindestens 40 Journalisten von Unterstützern der regierenden Koalitionsparteien seit Oktober mit dem Tode bedroht.

Zwischenzeitlich kommentierte die Premierministerin Khaleda Zia erstmals seit ihrer Wahl die angebliche Regierungsverfolgung der Hindu-Minderheiten und machte hierfür vielmehr die Opposition verantwortlich, die demnach die innenpolitische Destabilisierung des Landes verfolge. Mit ihrer Stellungnahme wurden seitens der Regierung jedoch die anfangs verneinten Übergriffe bestätigt.

Fährunfall

Nach offiziellen Mitteilungen kamen bei einem Fährunglück im Distrikt Bhola mindestens sechzig Menschen zu Tode. Die mit rund 130 Menschen besetzte Fähre stieß auf dem Tetulia Fluß mit einem anderen Schiff zusammen und sank.

Sonali Bank wieder in Großbritannien zugelassen

Die *Sonali Bank (UK) Limited*, ein Tochterunternehmen der Regierung Bangladesh (51 %-Anteile) und der Sonali Bank in Bangladesh, wurde nach britischem Finanzrecht zugelassen und wird ihren bislang einzigen Sitz in London bald eröffnen. Diese neue Bank übernahm die Guthaben und Verbindlichkeiten der bangladeschischen Sonali Bank, welche vor mehr als zwei Jahren aufgrund von Unregelmäßigkeiten von der Bankenaufsicht geschlossen worden war. Über das neue Institut sollen vor allem die Rücküberweisungen der rund 300.000 Aus-

lands-Bangladeshis (non-resident Bangladeshi, NDB) fließen, welche mit rund 25 Millionen US-Dollar monatlich eine der größten Finanzquellen des Landes darstellen.

Gewaltsame Ausschreitungen nach Streikaufruf

Infolge des ersten Streikaufrufes der nun oppositionellen Awami League wurden mindestens dreißig Unterstützer dieser Partei nach Kämpfen mit der Polizei festgenommen. Anlaß des Streiks waren die Verminderung des Polizeischutzes für die ehemalige Premierministerin Sheikh Hasina sowie die angeblichen Verfolgungen der Hindu-Minderheiten. Trotz der breiten Parlamentsmehrheit der neuen Regierung zeigt dieser Streik, daß sich in der Politik Bangladeshs noch nichts wesentliches geändert hat. Die Taktik der Generalstreiks wird seit Jahrzehnten von den jeweiligen Oppositionskräften gezielt eingesetzt, trifft jedoch auf starke Kritik der Wirtschaft, denn wiederum kam nahezu das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen.

Zugleich zeigt der jüngste Streik, daß die ersten Versuche, das abgekühlte Verhältnis und Rivalität zwischen der amtierenden Premierministerin Khaleda Zia und ihrer Vorgängerin Sheikh Hasina als gescheitert gelten müssen. Im konkreten Fall des Polizeischutzes für Sheikh Hasina fürchtet die Opposition um deren Leben, während sich die Regierung auf die Verfassung beruft, welche der Oppositionsführerin keine entsprechenden Rechte zugestehe.